

Einbindung der HOWOGE in die Berliner Schulbauoffensive: Ein Desaster für tausende Beschäftigte!

Die in der Berliner Schulbauoffensive (BSO) angelegten Grundsätze vergrößern die Schäden des langjährigen Personalabbaus weiter. Zu erwartende Folgen für Beschäftigte sind:

- Viele Beschäftigten der öffentlichen Hand im Bereich Schulbau stehen vor einem grandiosen, krankmachenden Zuständigkeits-Chaos. Gleichzeitig soll der erforderliche Stellenaufbau ausbleiben, so dass Arbeitsverdichtung ebenfalls Stress und hohe Krankenstände befördern können. Die zu erwartenden Mehrkosten werden zudem vermutlich zu einer Weiterleitung des Kostendruck an das Personal führen.
- Die regionale Bauwirtschaft mit über 50.000 Beschäftigten droht – trotz riesiger Investitionsvolumen – bei der Schulbauoffensive leer auszugehen, mit der Folge möglicher Entlassungen oder prekärer Beschäftigung (bei Subunternehmerposition ihrer Arbeitgeber). Gleichzeitig ist zu erwarten, dass Schwarzarbeit und Dumpinglöhne zunehmen werden und dadurch Tarifbedingungen aushöhlen.
- Auch die örtlichen Planungsbüros werden übergangen, mit vergleichbaren Folgen für die über 10.000 Beschäftigten dort, wie sie sich auch für die regionale Bauwirtschaft ergeben.
- Viele der 30.000 Lehrerinnen und Lehrer in Berlin werden jahrelangem Baustellenbetrieb ausgeliefert, während ihnen gleichzeitig die maßgeblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten genommen werden. Gleiches gilt für zahlreiche pädagogische Mitarbeiterinnen und die Schulsozialarbeit.
- HausmeisterInnen an HOWOGE-Schulen droht Entlassung oder Übergang an private Betreiber.
- Gewinner unter den Beschäftigten sind nur sechs Neueinstellungen bei der HOWOGE – aber auch nur bis dort der Schulbau abgeschlossen ist.



In der Summe wird die Berliner Schulbauoffensive durch die geplante Einbindung der HOWOGE mbH für viele Beschäftigte in Berlin und Brandenburg Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen mit sich bringen. Arbeitsplätze in der Region gehen verloren und werden nicht oder durch schlechtere Arbeitsverhältnisse ersetzt. Die öffentliche Verwaltung wird dauerhaft geschwächt.

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) hat eine Kurzstudie zu den Auswirkungen der auf Beschäftigte in Berlin und Brandenburg: https://www.gemeingut.org/Kurzstudie_BSO_3 erarbeitet. GiB kommt zu dem Ergebnis, dass viele tausend Beschäftigte in Berlin und Brandenburg mit gravierenden Nachteilen durch die Einbindung der HOWOGE mbH in den Schulbau zu rechnen haben.

Das kann noch verhindert werden! Wendet euch an eure Personalvertretung, schreibt eurer Gewerkschaft und der Bezirksleitung, dem DGB und dem dbb und fordert, sie sollen sich einsetzen:

Keine Unterschrift unter den Privatisierungsvertrag!

Gefördert durch:

STIFTUNG ●●●●
MENSCHENWÜRDE
UND ARBEITSWELT

Bewegungs-
stiftung

Anstöße für soziale Bewegungen

Gefördert durch: www.bewegungsstiftung.de

Verantwortlich: Gemeingut in BürgerInnenhand eV, Carl Waßmuth, Weidenweg 37, 10249 Berlin